

## **Bürgermeister Bartels fordert definitive Absage der Y-Trasse**

Nach den Presseberichten und -mitteilungen des heutigen Tages, lässt sich der Eindruck gewinnen, dass die Bahn Abstand von der Y-Trasse nimmt. Bürgermeister Tjark Bartels begrüßt die Entwicklung ausdrücklich und führt diese auch auf den erheblichen Widerstand der Kommunen zurück. Gleichzeitig dankt er den Bürgerinitiativen, die in der Wedemark und anderen Orten sehr konstruktive und gute Arbeit leisten würden.

„Die Y-Trasse ist nicht die richtige Lösung. Schon seit Jahren ist darauf hingewiesen worden, dass die Durchfahrten durch die Städte Flaschenhälse sind, welche die gesamte Strecke infrage stellen. Nach langem Leugnen dieses Problems wurde seit letztem Jahr dann hektisch an riesigen Umgehungstrassen gearbeitet, die für die betroffenen Kommunen existentielle Bedeutung hätten“, erläutert Bartels und fordert nun ein endgültiges Aus der Y-Trasse.

Nicht nur die Bahn muss sich von dem Projekt verabschieden, auch Bundes- und Landesregierung seien nun gefragt und in der Pflicht, die Voraussetzungen für eine tragfähige Lösung zu schaffen. Aber auch in Richtung der eigenen Partei fordert Bartels nun ein klares Votum ein. „Im letzten Jahr hat es deutliche Absetzbewegungen in Teilen der Bundes- und Landes SPD gegeben. Das muss man nun auch mit Beschlüssen hinterlegen“, fordert Bartels.

Eindeutige Entscheidungen sind nicht nur aus Sicht der betroffenen Kommunen dringend geboten, die Planungs- und Zukunftssicherheit bräuchten. Denn die wirtschaftliche Notwendigkeit der Hafenhinterlandanbindung ist gegeben. „Das Problem der fehlenden Hinterlandanbindung ist unbestritten, die Y-Trasse ist nur der falsche Lösungsansatz“, so Bartels. Es ist katastrophal, dass nicht schon vor Jahren mit dem Ausbau vorhandener Strecken begonnen worden sei. Dann wäre heute die Belastung auf den Autobahnen schon geringer. Man müsse sich nun von der Last der Y-Trasse befreien, um zielstrebig eine neue Lösung zu finden. Alles Zögern führe nur zu einer Mehrbelastung der Autobahnen und erheblichem gesamtwirtschaftlichem Schaden.

Bevor dem Projekt nicht endgültig eine Absage erteilt wird, werden Initiativen und Kommunen das Thema weiterhin genau beobachten.